

Hintergrund

Schweiz

Und jetzt ab in die Zukunft!

Sollen wir nur noch unterirdisch Auto fahren, Pfleger zu Ärzten machen und Bitcoin als offizielle Währung einführen? Wir haben Persönlichkeiten dazu eingeladen, die Schweiz weiterzudenken. Das sind ihre Visionen.

Von Carole Koch und Katharina Bracher

Pestizidverbot, CO2-Gesetz, EU-Rahmenvertrag: Was die Schweiz nicht will, ist bekannt. Und was die Landeseinwohner besonders belastet, weiss man dank dem Sorgenbarometer 2020. In absteigender Reihenfolge: die Pandemie und ihre Folgen, die Altersvorsorge, die Arbeitslosigkeit, der Umweltschutz und die Ausländer.

Was aber wollen sie denn, die Menschen, die in der Schweiz leben? Was täten sie, wenn sie unendlich viel Geld und Macht hätten? Und was für ein Land wünschen sie sich in Zukunft?

Die «NZZ am Sonntag» hat nach Antworten gesucht und dafür siebzig Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft zu einem nationalen Brainstorming eingeladen: junge und alte, Frauen und Männer, linke und rechte.

Nur wenige meldeten sich gar nicht oder haben formuliert, warum sie mit Visionen nichts am Hut haben. Da ist etwa die Architektin aus Basel, die schrieb, sie sehe «schwarz für die Welt» und sei daher ausser Stande, mitzumachen. SVP-Nationalrat Roger Köppel hingegen hält es für «brandgefährlich», wenn Politiker die Schweiz neu erfinden wollten. Ein Land könne nicht wie ein Unternehmen von oben gedacht werden. «Aufgepasst bei «Visionären», schrieb der Chefredaktor der «Weltwoche». «Bewahren, nicht verändern, heisst die Losung, denn die Schweiz ist die Perle unter den Demokratien.»

Der Architekt Jacques Herzog wiederum hat sich «einiges aufgeschrieben, ich schaffe es zeitlich aber nicht, diese Überlegungen bis zum August weiter auszudehnen und stringent zu formulieren». Gerhard Schwarz hingegen, ehemaliger Leiter des Think-Tanks Avenir Suisse und einstiger NZZ-Wirtschaftschef, schlägt zwei seiner Bücher als Input vor, eines hat er 1991 zur Feier von 700 Jahren Eidgenossenschaft mitherausgegeben, sein neues ist soeben erschienen. «Wäre es nicht möglich, daraus etwas herausziehen?», schreibt er aus den Ferien.

Von den angefragten Personen haben sich vierunddreissig die Mühe gemacht, ihre Visionen zu formulieren. Manche haben schriftlich Fragen beantwortet, andere Gespräche mit uns geführt und wieder andere ganze Essays verfasst – manche sehr konkret, andere utopisch. Die «NZZ am Sonntag» hat aus dem Brainstorming die interessantesten Ideen ausgewählt und gebündelt. Wir nennen sie «Vision 21» – zum 730. Geburtstag der Eidgenossenschaft.

Mobilität

Oben autofrei, unten Hochbetrieb

Viele loben die Schweiz für ihre intakte Natur und die damit verbundene Lebensqualität. Doch genau das sieht Helen Keller, internationale Richterin am Verfassungsgerichtshof

Bosnien-Herzegowina, derzeit akut bedroht: «In den letzten Jahrzehnten haben wir unserem Drang nach immer mehr Mobilität und Wohnraum zu viel geopfert. Das Mittelland ist richtiggehend zubetoniert», erklärt die Zürcher Rechtswissenschaftlerin. Sie würde am liebsten allen Verkehr unter die Erde verlegen. Das Mittelland würde sie radikal grün gestalten, asphaltierte Strassen rückbauen und mehr Raum schaffen für Gärten und Sportplätze. «Die Oberwelt soll den Menschen und der Natur gehören», sagt Keller.

Mit ähnlichen Ideen sympathisiert der Zürcher Alt-Nationalrat Andi Gross, für den Autos mit Verbrennungsmotoren längst passé sind. «Der Individualverkehr soll nur noch in Form von kleinen Elektrofahrzeugen existieren, während Bahn oder Bus rund um die Uhr und auch auf Abruf fahren», erklärt der SP-Politiker, der Gütertransporte auch in den Untergrund verlegen würde, wo das neue System als dichte und automatisierte Rohrpost funktionieren könnte – so wie früher viele Unternehmen ihre Pakete sortierten.

Das ist keine weltfremde Utopie, zumal solche Pläne bereits existieren. «Cargo Sous Terrain» heisst etwa das privat finanzierte Projekt, das Güter unter der Erde automatisiert befördern will. Der Bund hat vor einigen Jahren die Gesetzesgrundlage geschaffen, um diese Idee zu realisieren.

Keller und Gross wollen das Unterland umgestalten, der Ökonom Daniel Müller-Jentsch hat Ideen für den alpinen Raum. Während Städte wie Chur oder Visp zu wirtschaftlichen Ballungszentren mit Unternehmen und Fachkräften werden sollen, könnte in verlassenem Tälern eine neue alpine Wildnis entstehen, mehr Platz für Wölfe und Bären, weniger Konflikte zwischen Tier und Mensch.

Der Kern von Müller-Jentschs Verwilderung ist keine ökologische Idee, sondern eine ökonomische: die Konsequenz eines nicht aufzuhaltenden Schrumpfungsprozesses in entwicklungsschwachen Bergtälern, ausgelöst durch Abwanderung, Überalterung und Erosion aller wirtschaftlichen Strukturen. «Es ergibt wenig Sinn, Dörfer und Infrastrukturen wie etwa unrentable Skilifte durch Staatsgelder quasi künstlich am Leben zu erhalten», sagt Müller-Jentsch, «sie würden besser abgebaut oder der Natur überlassen.»

Umwelt

Kuhweiden in Stadtpärken

Schon 2050 werden laut Schätzungen der Vereinten Nationen etwa 9,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, 2100 sollen es rund 11 Milliarden sein. Das ist ein Problem, beziehungsweise wir können nicht wie bisher weiterkonsumieren, weil uns schlicht Rohstoffe, Energie und Essen ausgehen.

«Nachhaltig zu leben, reicht nicht mehr», sagt der ETH-Professor für Informationsarchitektur Gerhard Schmitt, der Nachhaltigkeit als Ideal begreift, die bestehenden Ressourcen zu erhalten. Und das sei jetzt schon nicht genug: «Die Menschen müssen mehr zurückgeben, als sie vom Planeten nehmen.» Sprich: regenerativ leben, wirtschaften oder produzieren. Strom zum Beispiel. Keine Häuser mehr mit Öl heizen, das in einem fernen Land aus dem Boden geholt und Tausende von Kilometern weit transportiert wird, um in extra gebauten Bunkern gelagert und schliesslich noch CO₂-intensiv verbrannt zu werden. Vielmehr müssten Fassaden und Dächer mit Photovoltaik-elementen eingekleidet sein, die Sonnenlicht in Energie verwandeln, Elektroautos aufladen und Klimaanlage laufen lassen. Auf Letztere wird man angewiesen sein, wenn die Städte in den Sommermonaten tagsüber wochenlang bis zu 40 Grad heiss sind und in den Nächten um die 25 Grad, was angesichts des fortschreitenden Klimawandels zu erwarten ist.

Eine solche Infrastruktur würde mehr Energie als für den direkten Verbrauch produzieren,

lokal speichern und den Überschuss ins allgemeine Netz, den sogenannten Smart Grid, einspeisen.

Philip Ursprung, ETH-Professor für Kunst- und Architekturgeschichte, sieht die Zukunft des Wohnens auch in einer ländlich-städtischen Hybridform, der sogenannten Desakota, wie sie im frühen 21. Jahrhundert etwa auf der indonesischen Insel Java typisch war. Die lockere Bauweise, oft terrassiert entlang der Hänge, könnte die Kühlung durch Fallwinde nutzen und die Einfamilienhausteppiche des Mittellands ersetzen. Städtische Pärke sollten in essbare Flächen verwandelt werden. Denn das urbane Klima eignet sich bestens für den Anbau von Früchten oder Gemüse. Grenzen zwischen Stadt und Land könnten zerfließen und im Zürcher Platzspitzpark wie im indischen Mumbai Kühe weiden.

«Als Agrarwissenschaftler stelle ich mir urbane Räume als hängende Gärten wie in Babylon voller essbarer Pflanzen vor», visioniert Urs Niggli, der Schweizer Vordenker des Biolandbaus. Algen zum Beispiel sieht er als einen Rohstoff der Zukunft. Weil sie auch an Glastürmen und Fassaden wachsen, CO₂ binden und zu allem Möglichen von Pasta bis zu Fleischersatz verarbeitet werden können.

LED-Licht macht den Gemüseanbau auch «in-door» möglich und lässt Städte krisenresistenter werden. «Luzern, Bern oder Basel könnten 20 Prozent ihres Eigenbedarfs decken», sagt Niggli, der auch einen Umbau der Landwirtschaft vorsieht: weg von düngerliebenden Kulturen wie Weizen oder Gerste, hin zu robusten Sorten wie Roggen oder Hafer, die an idealen Standorten stehen. Präzisionsroboter und Drohnen sollen Pestizide oder Dünger nur punktuell ausbringen. Bio oder konventionell, Pestizide ja oder nein, hält Niggli für gestrige Denkweisen. Ohne dieses Schwarz-Weiss-Denken könnte die Schweiz Innovationsführer einer Landwirtschaft der Zukunft werden. Auch weil sie im Überfluss besitzt, was vielerorts bald fehlen wird: Wasser.

Staatspolitik

Bund und Kantone entmachten

Die Idee des Nationalstaats stösst in der globalisierten Welt an Grenzen. Laut dem Ökonomen Bruno S. Frey sollen Kantons- und Ländergrenzen an Bedeutung verlieren. «Wo ist das Problem, und wer ist davon betroffen?», lautet die Leitfrage seines Föderalismusmodells, das sich nicht an kantonalen oder nationalen Interessen orientiert, sondern funktional fokussiert ist.

«FOCJ» nennt Frey diese problemorientierten Einheiten, die für «Functional, Overlapping, Competing and Jurisdiction» stehen – also für funktional, überlappende und konkurrierende Zusammenschlüsse, die selbst Steuern erheben und unabhängig von den zentralen Regierungen in Bern, Berlin oder Wien oder gar der EU-Kommission in Brüssel Entscheidungen fällen.

Ein Beispiel könnte der Bodensee-FOCJ sein, bestehend aus den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern, dem österreichischen Vorarlberg sowie den Kantonen Thurgau und St. Gallen. Gemeinsam würden sie die regionalen Interessen verfolgen, die über historische Grenzen hinausgehen. «So wie Frauen sich nicht nur als Frauen definieren oder Männer als Männer, haben Schweizerinnen und Schweizer mehrere politische Identitäten», erklärt Frey. Der Bodensee-FOCJ könnte sich etwa mit einem Alpen-FOCJ überschneiden, der die Probleme der Bergregionen angeht.

Noch radikaler mit den Strukturen brechen würde Nicolas Rimoldi, Co-Präsident des Vereins «Mass-voll». «Den Bund und seine Organe braucht es nur noch in repräsentativer Form, die Inhaber dieser Ämter könnten sich selbst finanzieren», sagt er.

Warum aus dieser Idee Realität werden soll? Und: wie? Mittels Volksinitiativen. Die wichtigste: Kryptowährungen, darunter Bitcoin, sind als offizielle Zahlungsmittel anzuerkennen. Das würde zu einer Währungsrevolution führen, visioniert Rimoldi. Gar zu einer Flut an Innovationen könnte es kommen, denn nun verwalten alle ihr eigenes Vermögen, und ihre unternehmerische Kraft wird nicht durch staatliche Regulationen behindert. Rimoldi verspricht sich davon etwa neue Technologien zur Bewältigung der Klimakrise.

Und weil Kryptowährungen im Gegensatz zum Schweizerfranken endlich sind in ihrer Summe, gehört auch die Staatsverschuldung der Vergangenheit an. «Der Staat schrumpft automatisch, wenn er sich nicht mehr durch Schuldenaufnahme finanzieren kann», sagt Rimoldi, der auch die Steuerpflicht abschaffen würde. Übrig bleiben soll höchstens eine Art Servicegebühr, während Infrastrukturen hauptsächlich durch eine freiwillige Steuer unterhalten werden. Individuelle Freiheit ist der Grundpfeiler, auf dem Nicolas Rimoldis Gesellschaftsentwurf aufbaut. In seiner Vision würde sie zu einer beispiellosen Solidarität unter den Menschen führen.

Demokratie

Besser abstimmen, System entstauben

Die Allermeisten halten die direkte Demokratie für eine der grössten Errungenschaften der Schweiz. Was gut ist, kann noch besser werden, findet der ETH-Informationsarchitekt Gerhard Schmitt. Beispiel CO2-Gesetz: Viele Aspekte der Vorlage kamen bei der Bevölkerung gut an, am Ende wurde die Initiative vor allem wegen einem abgelehnt: den steigenden Kosten. Das sieht Schmitt kritisch. «Wir sollten die direkte Demokratie auf einen modernen Stand bringen», sagt er und liefert zwei konkrete Vorschläge. Erstens: Politische Initiativen werden bei Abstimmungen nicht mehr auf reine Ja- oder Nein-Entscheidung reduziert, sondern in inhaltliche Aspekte aufgedröselt, die einzeln bejaht oder verneint werden können. Am Ende sind es all diese Einzelentscheidungen, die zusammen ausgewertet werden und Abstimmungsergebnisse generieren, welche die Meinungen der Stimmberechtigten besser reflektieren.

Dabei stehen ihnen zweitens digitale Abstimmungsassistenten zur Seite, die präzise berechnen, welche Konsequenzen Entscheidungen langfristig haben, was auch bei Komiker Patrick «Karpi» Karpiczenko gut ankommt, der die ganze Verwaltung automatisieren würde, vielleicht sogar den Bundesrat. «Computer sind die besseren Beamten», sagt Karpi.

Es gibt noch andere Vorschläge, um das Wählen zu verbessern: «Wir reden von Demokratie, nehmen aber in Kauf, dass jede vierte Person in der Schweiz kein Stimmrecht hat – obwohl sie Steuern bezahlt», sagt die Chefin des Online-Magazins «Baba News» Albina Muhtari. «Das ist eine Demokratie, die in die Vergangenheit gehört.»

Es sei unfair, dass nur wählen darf, wer seit Jahren in der Schweiz lebt, das System und die Gepflogenheiten kennt und sich demzufolge einbürgern lassen kann. Umgekehrt gebe es Schweizer, die wählen dürfen, aber kein politisches Wissen haben und das Stimmrecht erben. Wahlergebnisse seien nicht repräsentativ, weil faktisch eine Minderheit über die Mehrheit entscheidet.

Letzteres kann laut Markus Freitag, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, zu Politikverdrossenheit führen. Auch er würde es begrüßen, wenn alle, die seit fünf Jahren in der Schweiz leben, hier Steuern zahlen und Kontakte pflegen, die Chance auf das Stimmrecht bekommen und die Zukunft mitgestalten könnten. Freitag würde die Demokratie noch anderweitig «funktionsfähiger» machen: die Sitze der Zauberformel

stärker an Parteistärken koppeln oder das Ständemehr durch eine neue Mehrheitsregel ersetzen. Dann brauchte es zwei Drittel der Kantone, um das Volksmehr zu überstimmen. «Repräsentativität schafft Stabilität und fördert die Anteilnahme am politischen Diskurs», sagt Freitag.

Kultur

Kunst als Ersatzreligion

Kunst und Kultur werden in Zukunft omnipräsent und unentbehrlich. Daniel Rohr, Schauspieler und Leiter des Zürcher Theaters Rigiblick, stellt sich vor, dass die Gesellschaft sich stark verändern wird, wenn neueste Technologien die Arbeitswelt auf den Kopf stellen. «Restaurants, Autogaragen bis hin zu Sportzentren könnten künftig von Automaten geführt werden», erklärt er. Dieser Einsatz von künstlicher Intelligenz brächte ein enormes Beschäftigungsvakuum mit sich. «Dafür hätten die Menschen mehr Musse und ein starkes Bedürfnis nach intellektueller Stimulation und Sinnstiftung, Wissen und Religion», sagt Rohr. So könnten Theater auch tagsüber Vorstellungen anbieten und Museen 24 Stunden offen haben. Ohne Arbeit als sinnstiftende Komponente würde die Kultur zu einem Rohstoff, den die Gesellschaft benötigte, um ihre gewachsene Freiheit zu nutzen. Kulturschaffende hätten mehr Prestige, und die Bevölkerung würde sich auch deshalb mit ihnen austauschen wollen, weil sie von jeher unberechenbarer und für Maschinen schwerer einzuschätzen sind. So hätten Künstler auch in der Politik eine stärkere Position, sie wären in allen Lebensbereichen Sinnstifter. «Und für manche», sagt Rohr, «könnte Kunst gar zur Ersatzreligion werden.»

Bildung

Frühmathematik statt Frühenglisch

Bildung ist für die Physikerinnen Ursula Keller und Irene Aegerter die wichtigste Zukunftsgrundlage. Sie empfehlen eine landesweite Bildungsoffensive, um aus der Schweiz wieder eine Hochburg für Ingenieurskünste und technologische Innovationen zu machen. «Dazu braucht es sogenannte Mint-Zentren, in denen der Nachwuchs von klein auf in Mint-Fächern wie Mathematik oder Technik unterrichtet wird», erklärt Keller. Die Sensibilisierung könnte schon in der Krippe beginnen, statt Frühenglisch gäbe es Frühmathematik. Englisch würden Kinder fast von selbst lernen, weil es künftig noch stärker ein selbstverständlicher Bestandteil des Alltags sei.

Mint-Zentren würden nicht nur den akademischen Nachwuchs fördern, sondern auch die Begeisterung der Jugendlichen für technische Berufslehren wecken. «Wenn Begabungen für technische Themen deutlich vor der Pubertät gefördert werden, steigt automatisch der Frauenanteil in diesen Berufen und akademischen Feldern», ergänzt Aegerter. Mit solchen Massnahmen könnte man unter anderem dem Mangel an Fachkräften entgegenwirken und wäre beim Rekrutieren von Fachkräften weniger vom Ausland abhängig.

Gesundheit

Pfleger sind die neuen Hausärzte

In hundert Jahren wird die Schweiz so überaltert sein, dass fast die Hälfte aller Menschen in Spitälern Geriatriefälle sind. Um diese Entwicklung zu bewältigen, muss die Gesellschaft sich auf ihre Traditionen zurückbesinnen. Das ist einer der Zukunftsvorschläge von Antonella Santuccioni Chadha, Alzheimerforscherin und Gründerin des Women's Brain Project. «Wir müssen zurück zur traditionellen Grossfamilienkultur», sagt sie und meint damit, die älteren Generationen vom Rande der Gesellschaft wieder zurück in die Mitte zu holen. Studenten sollen zum Beispiel mit

Seniorinnen in WGs leben und beide gegenseitig voneinander profitieren. Der soziale Gedanke ergibt für die Ärztin auch medizinisch Sinn: «Soziale Isolation ist einer der Hauptfaktoren für Demenz», sagt sie. Die Reintegration der Alten sollte somit auch Teil einer Präventivmedizin sein, die ebenso entwickelt werden müsse wie die Vorbeugung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. «Durch Prävention kann man das Demenzrisiko um 40 Prozent minimieren.»

So oder so sollte die Schweizer Grundversorgung vorsorglich umgebaut werden und die Pflege das Gerüst bilden, findet Katharina Fierz, Professorin am ZHAW-Institut für Pflege. «Wir brauchen in allen wichtigen politischen Gremien und Expertenräten akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen», sagt sie. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass diese unter anderem landesweite Impfkampagnen eigenständig planen und durchführen können. Aufgrund dessen sollen sie auch mehr Kompetenzen erhalten. Pflegerinnen und Pfleger mit entsprechender Ausbildung könnten Hausärzte auf dem Land ersetzen, Anlaufstelle für Bagatellerkrankungen sein und chronische Seniorenleiden behandeln. Die Zusammenarbeit mit Ärzten wäre interdisziplinär, Status und Autonomie vergleichbar mit den USA: eine starke Pflege, deren Wert nicht nur beklatscht, sondern auch anerkannt wird.

Gerechtigkeit

Leben nach der Fairness-Formel

Macht demokratisieren, Wohlstand besser verteilen, das möchten viele, die an diesem Experiment teilgenommen haben. Was aber könnte dieses Land gerechter machen? Einen konkreten Vorschlag hat Regula Bühler Fecker, Gründerin und Inhaberin der Werbeagentur Rod. Sie nennt ihn «Leben nach der Fairness-Formel», und der geht so: In einem ersten Schritt wird die Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen vollzogen. Gleiche Löhne für Männer und Frauen, gleiches AHV-Alter, gleiche Einsätze in Militär oder Zivildienst usw. Als Nächstes ist zu addieren, wie viele unbezahlte, aber gesellschaftlich wertvolle Arbeitseinsätze jeder einzelne Bewohner dieses Landes leistet, mit denen er zum Wohl aller beiträgt. Mittels einer Fairnessformel wird ausgerechnet, wer im Minus ist und das in einem Bereich seiner Wahl aufholen soll, im Rahmen sogenannter Gemeinschaftsmonate oder -jahre. Ziel ist, dass am Ende alle gleich viel für das grosse Ganze tun und niemand sich benachteiligt fühlt. «Fairness total» nennt Bühler ihre Idee, mit der sie den Gemeinschaftssinn fördern möchte.

Politikwissenschaftler Andreas Gross würde noch stärker in die Strukturen eingreifen: «Wie in Dänemark, Italien oder Albanien soll es auch in der Schweiz ein Grundeinkommen geben – ein vom Recht auf Leben abgeleitetes Grundrecht, das allen ihre Existenz garantiert», sagt Gross, der dieses MHVV nennen würde – Menschliche Hilfs- und Versorgungsversicherung. Finanzierbar wäre diese, wenn jede Finanztransaktion mit einem Zehntelpromille belastet würde. Gross macht Beispiele: Wer am Bancomat 300 Franken bezieht, zahlt einen Zehntausendstel an die MHVV, sprich 3 Rappen. Und wenn Aktien im Wert von einer halben Million gehandelt werden, dann wird diese Transaktion mit 5000 Franken belastet. Pro Kopf könnte die MHVV ab dem 20. Altersjahr 2500 Franken monatlich betragen. Schweizerinnen und Schweizer würden nach wie vor und viel arbeiten. «Aber sie hätten keine Existenzängste mehr und müssten sich nicht mehr jede Arbeit, jeden Chef und jede andere Zumutung gefallen lassen», sagt Gross.

Mentalität

Ideen nicht immer zu Tode denken

Es gab eine Zeit, da waren Schweizer und Schweizerinnen für Pionierleistungen bekannt.

Sie wanderten aus und kamen als erfolgreiche Unternehmer zurück, sie gründeten Confisereien oder bauten Textilmanufakturen auf. «Meine Vision ist, dass die Schweiz wieder zum Pionierland wird, das es früher einmal war», sagt Monika Rühl, Direktorin von Economiesuisse. Sie wünscht sich einen aufgeschlosseneren Geist, mehr Zuversicht als Skepsis, mehr Mut als Sicherheitsdenken. Und noch schöner fände Rühl, wenn jede neue Idee nicht mehr bis in die letzten Details analysiert, abgewogen und bis zum bitteren Ende gedacht würde.

Und wenn Sie noch mehr Visionen lesen wollen, finden Sie die Zugabe auf nzz.as/visionen. Mitarbeit: Sacha Batthyany und Thomas Isler.

[Monika Rühl, Economiesuisse](#)

[Regula Bühler Fecker, Werberin](#)

[Katharina Fierz, Pflegeforscherin](#)

[Antonella Santuccioni Chadha, Ärztin](#)

[Irene Aegerter, Physikerin](#)

[Ursula Keller, Physikerin an der ETH](#)

[Daniel Rohr, Regisseur und Schauspieler](#)

[Markus Freitag, Politologe](#)

[Albina Muhtari, «Baba News»](#)

[Patrick Karpiczenko, Komiker](#)

[Bruno S. Frey, Ökonom und Autor](#)

[Urs Niggli, Agronom und Biopionier](#)

[Philip Ursprung, Kunsthistoriker](#)

[Nicolas Rimoldi, Politiker](#)

[Gerhard Schmitt, ETH-Professor](#)

[Daniel Müller-Jentsch, Ökonom](#)

[Andreas Gross, SP-Alt-Nationalrat](#)

[Helen Keller, internationale Richterin](#)